Länderbeispiel 1

Ich lebe in einem Land, das stolz auf seine Demokratie und seine demokratischen Werte ist. Dieses Land war eine ehemalige Kolonie, die sich vor über 200 Jahren für ihre Unabhängigkeit erhob. Es hatte nie einen König oder eine Königin und hält seit über 200 Jahren ohne Unterbrechung demokratische Wahlen ab. Damit ist es eine der ältesten Demokratien der Welt.

Diese Demokratie galt jedoch nicht für alle Menschen. Es dauerte ein dreiviertel Jahrhundert, bis die Sklaverei abgeschafft wurde, und etwa ein Jahrhundert, bis Frauen das Wahlrecht erhielten. Der indigenen Bevölkerung wurde Land ohne ihre freie, vorherige und informierte Zustimmung weggenommen.

Es behauptet auch, eine der „offensten" Gesellschaften zu sein, in der Menschen jeden Geschlechts, jeder Hautfarbe, jeder ethnischen Zugehörigkeit und jeder sozialen Schicht Zugang zum Bildungssystem und zum Arbeitsmarkt haben und zum Staatschef oder Leiter der größten Unternehmen gewählt werden können.

Allerdings scheinen viele Dinge in diesem Land diesem offiziellen „Mythos" zu widersprechen. Die meisten Führungskräfte großer Unternehmen kommen aus einer der wenigen Eliteuniversitäten, die sehr teuer und ohne die richtigen Beziehungen nur schwer zugänglich sind. Viele Studierende dieser Eliteuniversitäten kommen aus elitären (und teuren) Privatschulen. Das Land ist geografisch stark gespalten, wobei viele der in Armut lebenden Menschen in bestimmten Stadtteilen oder auf dem Land leben und die Mittelschicht in Vororten. Die Qualität von Schulen, Bibliotheken, Gesundheitsversorgung und öffentlichen Verkehrsmitteln ist in diesen verschiedenen Gebieten sehr unterschiedlich. Viele Menschen haben wenig Verständnis für das Leben der Menschen, die in „anderen" Gegenden leben. Die Chancen, im Leben „Erfolg" zu haben, werden in hohem Maße davon bestimmt, in welcher Gegend jemand geboren wurde. Der Lebensstandard der Menschen in den „untersten" Einkommensgruppen hat sich in den letzten Jahren nicht verbessert. Die obersten zehn Prozent werden jedoch immer reicher.

Viele Menschen haben versucht, das politische System zu nutzen, um die Gesellschaft zum Besseren zu verändern. Lokale und sogar nationale Politiker*innen wurden aufgrund ihres Versprechens gewählt, „das Land zu einen" und das Leben für alle Menschen im Land zu verbessern. Das politische System ist jedoch sehr konservativ und widersteht Veränderungen. Die meisten nationalen Politiker*innen sind selbst reich und unterstützen eine Politik, die die Reichen begünstigt. Wahlkämpfe werden größtenteils in den Medien ausgetragen, und es ist sehr teuer, Sendezeit für Wahlwerbung im Fernsehen zu kaufen. Die meisten in Armut lebenden Menschen sind vom politischen System sehr entmutigt und glauben nicht, dass ihre Stimme etwas bewirken kann. Nur etwa die Hälfte der Menschen nimmt in der Regel an nationalen Wahlen teil, und die meisten von ihnen gehören der Mittelschicht und den Reichen an.

Ich wurde als Kind von Einwanderer*innen geboren, die ohne Geld in die USA kamen. Da ich jedoch gut in der Schule war, erhielt ich ein Stipendium für eine der Eliteuniversitäten. Ich war einer der wenigen, die diese Chance bekamen. Meine Klassenkamerad*innen waren allesamt Söhne und Töchter der Elite – Geschäftsleute, Anwält*innen, Ärzt*innen. Die meisten meiner ehemaligen Klassenkamerad*innen haben Spitzenjobs – sie leiten Krankenhäuser, Banken, Hedgefonds, Unternehmen. Ich habe mich jedoch entschieden, diese „Chance“ nicht zu nutzen, um selbst reich zu werden, sondern meine Fähigkeiten einzusetzen, um denen zu helfen, die das System verändern wollen.

In letzter Zeit macht mein Land eine sehr schwierige Zeit durch. Unser neuer Staatschef will die Grenzen des Landes schließen, neue Einwanderungen stoppen und Einwanderer*innen in ihre Herkunftsländer zurückschicken. Er hat wenig Respekt vor den demokratischen Traditionen des Landes (auch wenn viele davon nur symbolischer Natur sind). Er nutzt seine Anhänger*innen, um seine Gegner*innen zu bedrohen, nutzt das Justizsystem, um Personen zu untersuchen, die ihm nicht gefallen, nutzt das Militär, um Einwanderer*innen, brutal in ihre Herkunftsländer zurückzuschicken und bedroht Zeitungen und Fernsehsender, die über Dinge berichten, die ihm nicht gefallen. Seine Kinder machen Geschäfte und werden reich durch Verträge mit Unternehmen und anderen Ländern, weil sie mit ihm verbunden sind.

Das Verhalten dieser Person stellt die demokratischen Vorstellungen meines Landes auf eine harte Probe. Einerseits wurde sein Verhalten noch nicht ernsthaft in Frage gestellt. Er behauptet, dass seine Politik armen Menschen und der Mittelschicht helfen wird, und die meisten Menschen, die für ihn gestimmt haben, unterstützen ihn weiterhin. Allerdings erkennen immer mehr Menschen, wie schwach die demokratischen Institutionen in diesem Land sind, und würden grundlegende Veränderungen im System unterstützen. Wir bewegen uns schnell auf einen Wendepunkt zu, an dem sich das Land entweder in ein autoritäres System verwandelt oder an dem eine Veränderung zum Besseren möglich ist.

Aufgaben

Findet euch in Paaren oder Kleingruppen zusammen. Lest jeweils eine Beschreibung eines Landes. Inwiefern kann man demokratische Werte oder Strukturen erkennen? Überlegt, was euch gut an diesem System gefällt. Begründet eure Meinung und formuliert Fragen, die ihr nach Lesen des Textes habt.

Länderbeispiel 2

Wir wollten nicht nur die Politik demokratisieren, sondern alle „Beziehungen“. Das war im Großen und Ganzen der Spirit des revolutionären Prozesses in meinem Land. Unter Demokratie wurde mehr verstanden als ein System mit Parteien und Wahlen. Gemeint war ein umfassender Prozess der Demokratisierung aller gesellschaftlichen Verhältnisse: der wirtschaftlichen rund um Arbeit, Produktion und Verteilung; der politischen von Macht und Teilhabe; und schließlich der sozialen und kulturellen Beziehungen.

Vor dem politischen Umbruch litten viele Menschen unter Armut. Landbesitz und Reichtum waren extrem ungleich verteilt, und eine kleine Elite kontrollierte politische Entscheidungen. Vor allem ausländische Akteure besaßen die besten Landflächen und die führenden Industrieunternehmen.

Rechte wie Gesundheit, Bildung und Zugang zu Wohnraum wurden „ent-merkantilisiert“. Ich habe die Veränderungen als Kind konkret erlebt: Meine Familie konnte sich erstmals eine Wohnung leisten, weil eine Wohnraumreform Wohnen als Grundrecht stärkte. Meine Mutter konnte studieren, während meine Großmutter nur die zweite Klasse hatte besuchen können – eine Demokratisierung von Wissen, die den folgenden Generationen neue Wege eröffnete.

Der politische Prozess hatte anfangs große Unterstützung von all jenen, die die Folgen von Kolonialisierung, Abhängigkeit und Ausbeutung leid waren. Sie erhofften eine grundlegende, strukturelle Veränderung. Gleichzeitig gab es interne und externe Kräfte, die dagegen arbeiteten – etwa, weil ihre Interessen und Privilegien bedroht waren.

Es entstanden lokale Volksversammlungen in Betrieben und Stadtteilen, in denen Menschen über Probleme und Maßnahmen beraten konnten. Doch die politische Vielfalt blieb eingeschränkt – nicht nur, weil nur eine Partei zugelassen war, sondern vielmehr, weil Kritik in einer „belagerten Stadt“ oft als Verrat galt.

Hat das System – und haben die Menschen, die das System tragen – den Spirit der ersten Jahre beibehalten oder sogar weiterentwickelt und demokratischer, revolutionärer gemacht?

Einige Errungenschaften bestehen bis heute, besonders im angeschlagenen, aber weiterhin kostenlosen Gesundheits- und Bildungssystem. Dennoch wachsen wirtschaftliche Ungleichheit und Prekarität: 40 Prozent der Menschen leben unter schwierigen Bedingungen, ein großer Teil der Lebensmittel muss importiert werden, und in die Landwirtschaft wird kaum investiert. In den vergangenen Jahren sind über zwei Millionen Menschen ausgewandert. Die Gründe dafür sind unterschiedlich und sowohl im Land selbst als auch in externen Bedrohungen und Krisen zu finden. Es droht eine Rückkehr zur Merkantilisierung von Rechten.

Merkantilisierung bedeutet, dass Dinge, Leistungen oder Bereiche des Lebens wie Waren behandelt werden. Sie werden verkauft, gekauft oder bewertet nur nach dem Geldwert. Es geht also vor allem um Geld und Profit.

Ein Beispiel demokratischer Öffnung ist das Referendum zum Familiengesetz. Teile der Zivilgesellschaft setzten sich jahrelang für mehr Rechte für Frauen, Kinder, ältere Menschen und die LGTBQI*-Community ein. Nach einer langen öffentlichen Debatte wurde ein Gesetz verabschiedet, das vielfältige Familienformen anerkennt, die Ehe für gleichgeschlechtliche beziehungsweise queere Paare öffnet, das Adoptionsrecht reformiert und den Schutz vor häuslicher Gewalt stärkt. Das Familiengesetz gilt heute als eines der fortschrittlichsten des Kontinents.

Doch politischer Dialog, Pluralismus und das Recht auf Protest bleiben oft eingeschränkt. Vor einigen Jahren gingen Menschen aus unterschiedlichen Gründen auf die Straße: wegen Versorgungsproblemen, aus politischen Motiven, aber auch teils durch ausländische, interessengeleitete Gruppierungen unterstützt. Die meisten Proteste waren friedlich, es gab jedoch auch Gewalt. Die staatliche Reaktion führte zu Verhaftungen und ließ den notwendigen offenen gesellschaftlichen Dialog ausbleiben.

Heute gibt es unterschiedliche Strömungen innerhalb des Systems: etwa Menschen, die das bestehende System weitgehend mit nur wenigen kosmetischen Verbesserungen bewahren wollen; andere, die politische Öffnung fordern; und Gruppen, die sich auf „freie“ Wirtschaft und Konsum fokussieren, was die soziale Ungleichheit sicher weiter vertiefen würde. Und es gibt diejenigen, die sich noch von dem ursprünglichen Geist des Prozesses inspirieren lassen: dem Geist einer Demokratisierung aller Beziehungen und Strukturen, getragen von sozialer Gerechtigkeit, gleichberechtigter Teilhabe und der Überzeugung, dass Demokratie ein lebendiger, nie abgeschlossener Prozess ist.

Aufgaben

Findet euch in Paaren oder Kleingruppen zusammen. Lest jeweils eine Beschreibung eines Landes. Inwiefern kann man demokratische Werte oder Strukturen erkennen? Überlegt, was euch gut an diesem System gefällt. Begründet eure Meinung und formuliert Fragen, die ihr nach Lesen des Textes habt.

Länderbeispiel 3

Mein Verständnis von Demokratie ist, dass das Volk die politische Macht hat. Diese Macht wird durch die Mehrheit der Stimmen ausgedrückt. Die Frage ist, welche Kanäle hat das Volk, um seine Stimme zu äußern. Wichtig ist, dass das Volk diese Kanäle ohne Betrug, Druck, Gewalt und irgendwelchen Einfluss nutzen kann.

Ich erkläre euch jetzt einmal, wie das Volk, aus dem ich komme, die „Demokratie“ im Laufe der Zeit erlebt hat. Wir haben viele Erfahrungen mit der Stimmabgabe an der Urne gemacht. Die Gewinner*innen der Wahl waren die, die Geld hatten, beziehungsweise Geld vom Ausland für den Wahlkampf bekommen haben und somit durch Korruption an die Macht kamen. Sie haben dann zugunsten der internationalen Partner gearbeitet, um sich selbst zu bereichern. Ihre Partner bekommen zum Beispiel Lizenzen für den Bergbau oder den Bau von Straßen, um diese Ressourcen abzutransportieren.

Für die Bevölkerung wurden keine Straßen gebaut, keine neuen Schulen oder Krankenhäuser, wie es im Wahlkampf versprochen wurde. Es wurde nichts gegen die Armut, Bildungslosigkeit der Jugendlichen getan oder für die Verbesserung der Lebensbedingungen. Deswegen wurde sehr oft gegen die gewählte Regierung demonstriert und geputscht, denn sie haben gegen das Wohl ihres Volkes gearbeitet.

Jetzt haben wir für uns einen anderen gesellschaftlichen Weg gefunden. Nach mehr als zwölf Putschen haben wir jetzt einen Präsidenten, der nicht durch Wahlen an die Macht gekommen ist, sondern nach vielen Demonstrationen gegen die schlechte Sicherheits- und wirtschaftliche Lage und einem Putsch. Es ist ein Soldat, der die Macht übernahm. Auch da hatten wir Erfahrung mit einem Soldaten an der Macht, aber diesmal ist es anders. Er hat Stellung in Bezug auf unsere Verfassung genommen und ein Programm vorgelegt. Das Volk musste zur Vorstellung dieses Programms Delegierte schicken. Diese Delegierten „forces vives de la nation“ bestanden hauptsächlich aus engagierten Vertreter*innen der Zivilgesellschaft (Vereine, Gemeinden, Gewerkschaften, Religionsgruppen), aber auch der Armee, politischen Parteien und von Institutionen (Medien, Jurist*innen, Finanzsektor, Bildung, Forschung, Gesundheit, Information und Innovation). Diese Menschen haben nach Diskussion und Überarbeitung des Programms dem Kandidaten zugestimmt. Es ist ein Dokument „Charte nationale de la transition“ entstanden, das die Richtlinien, Programm und Dauer der neuen Regierung bestimmt.

Wir haben jetzt keine Abgeordneten mehr, die während des Wahlkampfs die Menschen mit T-Shirts, Geld und Essen bestechen und keine Ahnung von der Lebensrealität der Bevölkerung haben. Jetzt haben wir insgesamt 71 Parlamentarier*innen, darunter Frauen, Menschen mit Behinderung, Vereine, Gemeinde, Armee, Politiker*innen und auch Vertreter*innen der Diaspora. Die Anzahl der Vertreter*innen jeder Gruppe ist in der „Charte de la Transition“ festgelegt. Es sind Menschen, die sich sozial und politisch in ihrer Gemeinde oder in ihren Bereichen engagieren. Sie bewerben sich in ihren Communities. Wenn ihre Projekte überzeugend sind, werden sie in das Parlament aufgenommen. Das Comitee-Mitglied aus meiner Region engagiert sich für die Lösung von sozialen Konflikten zwischen unterschiedlichen Gruppen. Er ist jetzt Teil der Arbeitsgruppe zu diesem Thema im Parlament auf nationaler Ebene. Zum ersten Mal wurden wir aus der Diaspora hier in Deutschland für politische Entscheidung in unserem Land involviert.

Aufgaben

Findet euch in Paaren oder Kleingruppen zusammen. Lest jeweils eine Beschreibung eines Landes. Inwiefern kann man demokratische Werte oder Strukturen erkennen? Überlegt, was euch gut an diesem System gefällt. Begründet eure Meinung und formuliert Fragen, die ihr nach Lesen des Textes habt.

Zum ersten Mal haben wir ein Parlament, wo eine Rede in der lokalen Sprache gehalten werden darf, denn manche verstehen nicht so gut die koloniale Amtssprache. Die Mehrheit des Volkes fühlt sich vom Programm angesprochen, denn ihre Anliegen und Bedürfnisse werden ernst genommen. Die Menschen, die von der Politik der früheren Regierung profitiert haben, fühlen sich jetzt benachteiligt, da sie ihre Privilegien verloren haben.

Durch den Putsch ist mein Land von vielen wirtschaftlichen Sanktionen regionaler und internationaler Organisationen belegt, die dazu führen, dass ein großer Anteil der sogenannten „Entwicklungshilfe“ eingestellt wurde. Trotzdem hat das Land sogar im Jahr 2024 acht Milliarden Dollar seiner Schulden an den Internationalen Währungsfonds zurückbezahlt. Durch die finanzielle Unterstützung der Bevölkerung mit Spenden sind alle Ausgaben für die Sicherheit im Land aus eigener Tasche finanziert worden, ohne Schulden aufzunehmen. Die Regierung hat in weniger Zeit viele erfolgreiche Maßnahmen im sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Bereich umgesetzt.

Gleichzeitig setzt sich die Regierung stark gegen koloniale Kontinuitäten und ausbeuterische Beziehungen ein. Wir haben jetzt eine Regierung, die bei jeder internationalen Partnerschaft für die Interessen ihrer Bevölkerung kämpft. Die Kolonialmacht und ihre Anhänger, die ihre Privilegien und Kontrolle verloren haben, versuchen mit ihren Medien und sozialen Medien Fakenews zu verbreiten. Zum Beispiel wird verbreitet, dass eine bestimmte ethnische Gruppe bekämpft wird. Da es nicht der Wahrheit entspricht wurde ein neues Gesetz eingeführt: Wenn Journalist*innen etwas berichten, ohne Beweise dafür zu haben, wird diese Person vor Gericht und danach als Strafe drei bis sechs Monate im Kampf gegen Terroristen eingesetzt. Da diese Maßnahme nicht gegen die internationalen Journalist*innen eingesetzt werden kann, wurden viele französische Medien in meinem Land verboten.

Länderbeispiel 4

Als ich aufgewachsen bin, hatten gewöhnliche Menschen in meinem Land kaum Möglichkeiten, an wichtigen öffentlichen Entscheidungen teilzunehmen. In der kleinen Stadt, in der ich lebte, erfuhr ich von großen Projekten wie dem Bau eines Staudamms oder einer Hochgeschwindigkeitsstrecke erst, als die Entscheidungen schon gefallen waren. Diese Maßnahmen hatten große Auswirkungen auf mein Leben: Wir mussten umziehen, die Schule wechseln usw. Ich wusste jedoch nie, durch welche Diskussionen oder Verfahren solche Entscheidungen zustande kamen und wer letztlich entschied. Der Staat bot zwar Entschädigungen an. Die meisten Menschen nahmen sie an und zogen einfach um. Einige wenige protestierten jedoch, weil sie mit der Entschädigung oder der neuen Unterbringung nicht einverstanden waren. In extremen Fällen griffen manche zu radikalen Mitteln – etwa zu Suiziddrohungen –, um den Abriss zu stoppen.

Für viele Menschen in meinem Umfeld hängt die Qualität eines politischen Systems nicht davon ab, ob sie am institutionellen Aufbau oder an öffentlichen Entscheidungen mitwirken können. Wichtig ist, ob das Leben besser wird. Ein gutes politisches System bedeutet, dass die Regierung sich um die Bevölkerung kümmert, dass Politik Stabilität bringt, Einkommen steigen und Gesundheitsversorgung und Bildung sich verbessern. Wenn die Ergebnisse gut sind, erscheint die eigene Beteiligung am Prozess weniger wichtig. Früher bewunderten viele in meinem Umfeld westliche Länder nicht wegen der politischen Teilhabe, sondern wegen des Lebensstandards: fließendes Wasser, Toiletten, komfortable Wohnungen, Züge und Flugzeuge. Heute gibt es all das auch in meinem Land, und in manchen Bereichen sind wir sogar weiterentwickelt. Zum Beispiel haben wir ein sehr effizientes und günstiges öffentliches Verkehrssystem und eine hochentwickelte Logistik. Das hat vielen Menschen ein neues „Systemvertrauen“ gegeben. Sie halten westliche Demokratien für zu langsam, weil zu viel Zeit in Diskussionen fließt, während unser System als handlungsfähig gilt. Man sagt: Die westlichen Länder produzieren Gesetze, wir produzieren Produkte.

In meinem Land gibt es überall Kameras, und der Staat hat Zugang zu Kommunikationsdaten. Viele beklagen zwar den fehlenden Datenschutz, haben aber zugleich das Gefühl, dass diese Überwachung die persönliche Sicherheit erhöht. Eltern, die ihre Kinder zum Studium in den Westen schicken, sorgen sich oft um Drogenkonsum. Zu Hause ist die Drogenkontrolle sehr streng, auch weil die Menschen bestimmte Rechte an den Staat abgetreten haben. Die Polizei kann Chatverläufe prüfen, und bestimmte Schlüsselwörter lösen automatische Überwachung aus. Wenn eine Person mit Drogenvorgeschichte in einem Hotel eincheckt, erscheint die Polizei zuverlässig, um zu kontrollieren, ob sie Drogen bei sich hat. Durch die allgegenwärtige Gesichtserkennung ist es zudem für Dealer schwer, in großen Städten zu operieren. Viele empfinden diese ständige Überwachung daher zugleich als belastend und hilfreich – aber da sich das System kaum ändern lässt, konzentrieren sie sich eher auf die positiven Seiten.

Es gibt natürlich auch kritische Stimmen hinsichtlich der weit verbreiteten Überwachung. Allerdings gibt es fast keine öffentlichen Kanäle, über die solche Kritik geäußert werden kann. Da die Überwachung immer umfassender geworden ist, befürchten viele Menschen, dass offene Kritik persönliche Konsequenzen nach sich ziehen könnte. Einige äußern ihre Unzufriedenheit in den sozialen Medien in „verschlüsselter“ Sprache, aber aufgrund des umfangreichen Zensursystems werden diese Beiträge in der Regel sehr schnell gelöscht. Ich höre oft, dass Menschen, die online stärkere Kritik äußern, zu Gesprächen mit den Behörden aufgefordert werden. Studierende befürchten, dass sie ihren Abschluss nicht machen dürfen, und Arbeitnehmer haben Angst, ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Dies erzeugt einen starken Druck zu schweigen.

Aufgaben

Findet euch in Paaren oder Kleingruppen zusammen. Lest jeweils eine Beschreibung eines Landes. Inwiefern kann man demokratische Werte oder Strukturen erkennen? Überlegt, was euch gut an diesem System gefällt. Begründet eure Meinung und formuliert Fragen, die ihr nach Lesen des Textes habt.

Länderbeispiel 5

Das politische System meines Landes hat sich nach der Revolution von 1979 grundlegend verändert. Bis dahin war es eine Monarchie unter der Pahlavi-Dynastie. Nach dem Sturz des Schahs wurde im März 1979 ein Referendum durchgeführt, in dem die Staatsform offiziell zur „Islamischen Republik“ erklärt wurde.

Formal handelt es sich bei diesem System um eine Republik mit bestimmten demokratischen Elementen. Es gibt Wahlen, ein Parlament (Majles), einen Präsidenten sowie die klassische Gewaltenteilung in Exekutive, Legislative und Judikative. In der Praxis sind diese drei Gewalten jedoch nicht unabhängig. Sie stehen unter dem direkten oder indirekten Einfluss der religiösen Führung des Landes.

Das zentrale Machtzentrum ist der Oberste Religionsführer. Er verfügt über weitreichende Befugnisse: Er bestimmt die strategische Ausrichtung des Staates, kontrolliert die Streitkräfte, ernennt Schlüsselpositionen in Justiz, Medien und Sicherheitsapparat und hat maßgeblichen Einfluss auf politische Institutionen. Zwar finden in meinem Land regelmäßig Wahlen statt – unter anderem alle vier Jahre für das Parlament und das Präsidentenamt –, doch sind diese stark eingeschränkt. Vor jeder Wahl überprüft der sogenannte Wächterrat alle Kandidaturen. Dieses Gremium steht dem Obersten Führer nahe und lässt nur Personen zu, die dem System loyal sind. Oppositionelle, reformorientierte oder regimekritische Kandidat*innen werden in der Regel ausgeschlossen.

Dadurch entsteht ein System, das nach außen hin republikanisch und teilweise demokratisch wirkt, im Kern jedoch von einer totalitären religiösen Machtstruktur geprägt ist. Nach mehr als vier Jahrzehnten Herrschaft der Islamischen Republik ist das Land faktisch weniger eine Demokratie als vielmehr eine autoritäre Diktatur mit religiöser Legitimation.

Aufgaben

Findet euch in Paaren oder Kleingruppen zusammen. Lest jeweils eine Beschreibung eines Landes. Inwiefern kann man demokratische Werte oder Strukturen erkennen? Überlegt, was euch gut an diesem System gefällt. Begründet eure Meinung und formuliert Fragen, die ihr nach Lesen des Textes habt.